



Einer von uns
Einer für uns

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Alexander Ulrich MdB



BERLIN INFO für die Sitzungswoche vom 16.11.-20.11.2020

Änderungen des Infektionsschutzgesetzes und bedrängte MdB im Bundestag
Aktuelle Stunde - Unterstützung für Schulen in der Pandemie
Beschäftigungssicherung - COVID-19 - Kurzarbeitergeld erhöhen!
Antrag - Sonderregelung für Arbeitslosengeld I verlängern
Antrag "Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überführen – Sozialversicherungssystem stärken"
Antrag - Graue Wölfe und deren Vereinigungen in Deutschland verbieten
Antrag - 30. Jahrestag der Pariser Charta
Antrag "Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa für Frieden und Abrüstung stärken"
Antrag "Für eine sozialverträgliche EU-Klimapolitik"
Folder: Vermögensabgabe für 1-Prozent-Mega-Reiche!

Liebe Genossinnen und Genossen. Liebe Freundinnen und Freunde.

Für mich steht fest, es besteht eine dringende Notwendigkeit, die Epidemie einzudämmen. Es darf aber nicht sein, dass der demokratische Diskurs durch die Regierungspolitik ausgehebelt wird. Deshalb habe ich am Mittwoch gemeinsam mit meiner Fraktion gegen das Infektionsschutzgesetz gestimmt. Die Bundesregierung muss endlich eine längerfristige Strategie zum Umgang mit der Corona-Pandemie vorlegen. Unsere konkrete Kritik findet Ihr in unserem [Positionspapier](#), in unserem [Antrag](#), in einem [Kommentar](#) unser Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau sowie in der [Rede](#) von Jan Korte.



Auch wenn ich gegen das Gesetz gestimmt habe, möchte ich deutlich machen, dass der Vergleich der AfD zwischen dem Infektionsschutzgesetz und dem Ermächtigungsgesetz von 1933 völlig inakzeptabel ist. Mit dem Gesetz wird keine Diktatur eingeführt! Genauso ist die Provokation seitens der AfD, indem sie rechte Personen in den Bundestag eingeschleust hat, nicht hinnehmbar. Wir fordern jetzt harte Konsequenzen! Mehr dazu in einem [Pressestatement](#) von Jan Korte und einer [Rede](#) von Petra Pau.

Aktuelle Stunde - Unterstützung für Schulen in der Pandemie - Auf Antrag unserer Fraktion hat sich der Bundestag am Donnerstag mit der Situation in den Schulen während der Corona-

Pandemie befasst. Wir fordern, die Mangelwirtschaft in der Bildung zu beenden. Die Schulen sollen in der Pandemie mehr Unterstützung bekommen. [\[Antrag\]](#)

Beschäftigungssicherung - COVID-19 - Kurzarbeitergeld erhöhen! – Am Freitag wurde im Bundestag über die Verlängerung der Kurzarbeit bis Ende 2021 entschieden. Grundsätzlich ist diese Maßnahme richtig und notwendig und verhindert in vielen Betrieben auch in meinem Wahlkreis schnelle Kündigungen. DIE LINKE fordert aber, dass das Kurzarbeitergeld erhöht wird, gerade auch für Geringverdiener. Denn da fehlt sehr oft jeder Cent!



Antrag - Sonderregelung für Arbeitslosengeld I verlängern - Um soziale Härten zu vermeiden, die Situation am Arbeitsmarkt nicht weiter zu verschlechtern und die Weiterbildung bei Kurzarbeit zu stärken, fordert DIE LINKE. neben der Sonderregelung für Kurzarbeit auch die Sonderregelung für Arbeitslosengeld zu verlängern und ein Weiterbildungsgeld einzuführen. [\[Antrag\]](#)

Antrag "Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überführen – Sozialversicherungssystem stärken" - Über diesen Antrag wurde ebenfalls am Freitag debattiert. Darin fordern wir, dass Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überführt werden. Gerade die aktuelle Krise zeigt deutlich, wie prekär Minijobs sind: Sie führen nicht zu eigenständiger sozialer Absicherung, stellen oft berufliche Sackgassen dar, tragen zur geschlechtsspezifischen Spaltung bei und erschweren die Durchsetzung von arbeitsrechtlichen Ansprüchen. [\[Antrag\]](#)

Antrag - Graue Wölfe und deren Vereinigungen in Deutschland verbieten - Die Linksfraktion fordert ein Verbot nach dem Vereinsgesetz der den "Grauen Wölfen" zuzurechnenden Verbänden und Organisationen in Deutschland. Darüber hinaus soll es ein Betätigungsverbot in Deutschland für die in der Türkei agierenden Gruppen der "Grauen Wölfe" geben. [\[Antrag\]](#)

Antrag - 30. Jahrestag der Pariser Charta - Dieser Antrag, der am Freitag beraten wurde, konkretisiert die Vorschläge und Forderungen der LINKEN zur Erweiterung der OSZE, damit diese ihrer Friedensrolle in Europa wieder besser gerecht und zu einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit unter Einschluss Russlands weiterentwickelt werden kann. [\[Antrag\]](#)

Antrag "Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa für Frieden und Abrüstung stärken" - Mit diesem Antrag unterstreichen wir unsere Position als Friedenspartei und konkretisieren unsere Vorstellungen, wie Frieden und Sicherheit in Europa ohne die NATO auf ziviler Grundlage verwirklicht werden können. [\[Antrag\]](#)

Antrag "Für eine sozialverträgliche EU-Klimapolitik" - Eingbracht haben wir in dieser Woche auch einen Antrag, den ich maßgeblich initiiert habe. Darin fordern wir die Erhöhung der EU-Gelder für eine sozial gerechte Energiewende. Die Kürzung des Fonds für einen gerechten Übergang von 40 auf 17,5 Milliarden Euro vom Europäischen Rat soll zurückgenommen werden. Arbeitnehmer, Gewerkschaften, Umweltverbände und Bürger vor Ort in die Planungen für einen gerechten Übergang einbezogen werden. [\[Antrag\]](#)

Folder: Vermögensabgabe für 1-Prozent-Mega-Reiche! - Wer soll die Corona-Krise bezahlen? Die Leute, die den Laden am Laufen hielten? Die Pflegekräfte, Kassierer oder Polizistinnen? Wir finden: Es ist Zeit, dass Krisengewinner und Milliardäre wie die Quandts und Klattens in die Pflicht genommen werden. Daher fordern wir für die Zeit nach der Krise eine Vermögensabgabe für Milliardäre und Multimillionäre bei hohen Freigrenzen auf Betriebsvermögen. Die Milliardäre sollten nicht immer fragen, was dieses Land für sie tun kann, sondern endlich etwas für dieses Land tun!

Zum Folder »



Weitere Infos auf meiner [Homepage](#) und im [Newsletter](#) der Fraktion DIE LINKE.

Mit solidarischen Grüßen

Euer Alexander

PS: Bleibt gesund!